

27. Parteitag der CDU Deutschlands

8. – 10. Dezember 2014 · Koelnmesse

The CDU logo is located in the top right corner of the page. It consists of the letters 'CDU' in a bold, red, sans-serif font, positioned within a white rectangular box. This box is set against a background of several concentric, light gray octagonal outlines that create a sense of depth and focus on the logo.

CDU

Beschluss D 2

Mit einem starken Staat für Freiheit und Sicherheit

Mit einem starken Staat für Freiheit und Sicherheit

Deutschland ist ein sicheres Land. Die innere Sicherheit ist ein Grundrecht der Menschen in unserem Land. Nur in einem sicheren Staat gibt es Freiheit. Wie grundlegend und unverzichtbar die Gewährleistung von Freiheit und Sicherheit für alle weiteren Lebensbereiche ist, müssen auch im 21. Jahrhundert Millionen von Menschen, die in Ländern ohne effektive staatliche Ordnung oder gar inmitten von Bürgerkriegen leben, leidvoll erfahren.

Um Leib und Leben, Eigentum und Freiheit der Menschen zu schützen, steht die CDU Deutschlands für einen starken Staat. Die Erfüllung dieser staatlichen Aufgabe ist bei der CDU in guten Händen. Das gilt gerade jetzt angesichts der sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Welt. Die Sicherheitslage ist ernst wie lange nicht mehr. Aber unsere Demokratie ist wehrhaft, der Rechtsstaat stark.

Unser Rechtsstaat lebt durch die ihn tragenden Menschen und seine Institutionen. Am wirkungsvollsten ist es, schon die Anfänge von Verbrechen und Gewalt zu verhindern. Zivilcourage und Kultur des Hinschauens sind dabei wesentliche Elemente der Prävention.

Die CDU steht an der Seite von Polizei und Justiz ebenso wie der anderen Sicherheitsbehörden. Sie brauchen qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine moderne Ausstattung und effektive Instrumente. Die Sicherheitsbehörden brauchen aber auch die Unterstützung und Akzeptanz der Menschen, die zu schützen sind. Verantwortliche internationale Zusammenarbeit – auch der Nachrichtendienste – liegt im nationalen Interesse Deutschlands und schützt Leib und Leben der Menschen in unserem Land.

Immer wieder gibt es Gefährdungen unserer Sicherheit, auf die unser Staat reagieren muss: Dazu zählen der gewaltbereite Islamismus, organisierte Banden, die Einbrüche begehen oder Autos stehlen, und Kriminelle, welche die Möglichkeiten des Internets für ihre Taten wie Onlinebetrug oder Verbreitung von Kinderpornographie ausnutzen. Hinzu kommen Herausforderungen wie das in Köln massiv zu Tage getretene Zusammenwirken gewaltbereiter Hooligans mit rechtsradikalen Gruppierungen.

Die Polizei und die Sicherheitsbehörden sind insgesamt gut aufgestellt. Anspruch weit-sichtiger Politik ist es, sie fortlaufend auf die Entwicklungen im Sicherheitsbereich einzu-stellen. Augenmaß und Entschiedenheit sind dabei unsere Richtschnur. Wir fühlen uns der Sicherheit der Menschen in Deutschland zutiefst verpflichtet.

1. Gewaltbereiten Islamismus entschieden bekämpfen

Der islamistische Terrorismus gefährdet die Sicherheit und den Frieden in Deutschland. Dschihadisten und ihre Unterstützer dürfen in unserem Land keinen Rückzugsraum finden. Es gilt, islamistischen Tendenzen so früh wie möglich entgegenzutreten. Wir begrüßen, dass zahlreiche muslimische Verbände und Moscheegemeinden in Deutschland, die sich ihrerseits vom Dschihadismus bedroht fühlen, sich vom gewaltbereiten Islamismus distan-zieren. Dieses Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und unserer Werteordnung stellt einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt dar – zumal in diesen Zeiten.

Leider gibt es aber auch in Deutschland radikale Muslime, die diese Werte nicht teilen und abschaffen möchten. Wir sind ein tolerantes Land. Wer aber unseren freiheitlichen Staat bekämpft, dem werden wir mit aller Härte und Schärfe begegnen. Islamistische Umtriebe von Salafisten und anderen werden wir bei uns nicht dulden!

Die Verbote der Terrororganisation, die sich anmaßend "Islamischer Staat" (IS) nennt, und des „Hizb Allah-Spendenvereins“ waren hierzu wichtige Schritte. Wir wollen keinen Export an Kämpfern aus Deutschland. Deshalb wollen wir die Aus- und die Einreise gewaltbereiter und kampferprobter Dschihadisten verhindern, damit sie keine Anschläge verüben. Ent-sprechende Ausreisen müssen durch den Entzug der Reisedokumente unterbunden wer-den. Beim Reisepass ist dies bereits möglich, für den Personalausweis werden wir die Ent-zugsmöglichkeit in Kürze schaffen und die Ausgabe eines Ersatzpapiers vorsehen. Doppel-staatler, die im Ausland für eine menschenverachtende Terrormiliz kämpfen, müssen die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren.

Die Toleranz unserer freiheitlich verfassten Demokratie findet dort eine Grenze, wo radi-kal-religiös motivierte Auseinandersetzungen nach Deutschland getragen werden und sich

gegen diese Toleranz wenden! Wir können nicht hinnehmen, wenn gewaltbereite Extremisten aus Deutschland ins Ausland reisen und dort aufseiten von Terrormilizen schwerste Straftaten begehen wollen. Hierzu wollen wir auch die Hürden senken, wenn es um die strafrechtliche Ahndung der Ausbildung in Terrorcamps geht. Den Versuch der Ausreise mit terroristischen Motiven wollen wir strafrechtlich ahnden, wie es der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen fordert. Wir setzen uns international dafür ein, die Finanzströme zur Unterstützung des "IS" zu unterbinden. Zudem werden wir einen neuen Straftatbestand der Terrorismusfinanzierung einführen, damit terroristischen Vereinigungen ihre finanzielle Grundlage entzogen wird. Damit wir entschiedener gegen kriminelle und terroristische Vereinigungen vorgehen können, werden wir ihre Definition im Strafrecht den europäischen Vorgaben anpassen. Durch unsere europäischen Informationssysteme soll jeder europäische Grenzbeamte erkennen, ob ein Dschihadist die EU verlassen oder in die EU einreisen will. Fluggastdaten von Reisenden nach Europa müssen ausgewertet werden.

Wir wollen frühzeitig verhindern, dass Jugendliche und Heranwachsende durch Propaganda und Hassprediger radikalisiert werden und sich salafistischen und islamistischen Gruppen anschließen. Deshalb werden wir die Präventionsprogramme verstärkt auf die Vorbeugung gegen Islamismus und Salafismus konzentrieren und den Ausstieg aus radikalen Gruppierungen unterstützen.

Die deutsche Rechtsordnung steht über der Scharia. Wir werden es nicht zulassen, dass Räume entstehen, in denen deutsches Recht in Deutschland keine Geltung hat.

Damit Menschen nicht aus der Mitte unserer Gesellschaft entwurzelt werden, wollen wir die Sympathiewerbung für kriminelle und terroristische Vereinigungen unter Strafe stellen. Derartige Sympathiebekundungen verbreiten sich über das Internet rasch und in großer Zahl, sie sind der geistige Nährboden für terroristische Gewalt. Da bei der Sympathiewerbung den sozialen Medien, youtube und der sonstigen Online-Kommunikation eine herausgehobene Rolle zukommt, müssen wir unsere Ermittlungsbehörden so ausstatten, dass sie solche Straftaten verhindern und besser verfolgen können. Die Propaganda der „IS“ im Internet soll außerdem wo möglich gelöscht, strafrechtlich verfolgt und ihr soll durch Aufklärung begegnet werden.

Gegen die schrecklichen Verbrechen der Terrororganisation „IS“ in Syrien und im Nordirak haben bereits viele Demonstrationen in Deutschland stattgefunden. Viele sind friedlich verlaufen, allerdings gab es auch Ausschreitungen und Gewalttaten gegen Polizisten. Die Verbrechen des „IS“ dürfen keine Spirale der Extremismen in Deutschland in Bewegung setzen. Darunter würde die Sicherheit im Lande leiden. Zu häufig wurden Polizisten bereits Opfer von Gewalt.

2. Ja zu gut ausgestatteter Polizei, gut ausgestatteten Hilfsorganisationen, nein zur Gewalt gegen öffentlich Bedienstete

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit gehört zu den Kernaufgaben des Staates. Wir stehen für eine gut ausgestattete Polizei in Bund und Ländern, die über die notwendigen Befugnisse verfügt, Gefahren vorzubeugen und Straftäter zu überführen. Wir danken den zehntausenden Polizistinnen und Polizisten, die tagein, tagaus, auch am Wochenende für unsere Sicherheit arbeiten. Gleiches gilt für die hauptamtlichen und freiwilligen Feuerwehrleute und Rettungskräfte in Deutschland und die Freiwilligen in anderen Hilfsorganisationen wie beispielsweise dem THW. Sie übernehmen in ihrer Freizeit Verantwortung für unsere Gesellschaft. Sie sind damit Vorbilder für uns alle.

Die Welt beneidet uns um unseren gut funktionierenden Rechtsstaat. Damit dies so bleibt, steht die CDU auch in Zeiten der Schuldenbremse dafür, die Justiz, die Polizei und die übrigen Sicherheitsbehörden im Bund und in den Ländern sachlich und personell gut auszustatten. Wir wollen insbesondere mehr als in den vergangenen Jahren in ihre Informationstechnik investieren, damit diese auf der Höhe der Zeit ist. Wir begrüßen, dass im Bund und in einigen Ländern mehr Polizisten für innere Sicherheit sorgen als noch vor einigen Jahren. Dies ist unsere Leitlinie im Bund und in den Ländern.

Die Leistungsfähigkeit unseres Staates haben wir nicht nur einem ausgewogenen Rechtsrahmen und funktionierendem Rechtsstaat zu verdanken, sondern auch den vielen Menschen, die täglich ihren Dienst bei Polizei und Justiz, in Verwaltungen und Notdiensten leisten. Gewalt und andere Übergriffe auf diese Stützen unseres Landes nehmen ständig zu; Beleidigungen sind alltäglich geworden. Wir dulden weder Attacken auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch die dadurch zum Ausdruck gebrachte Missachtung unseres

Gemeinwesens. Wer Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes beleidigt oder verletzt, trifft letztlich uns alle. Wir fordern deshalb sowohl entsprechende Änderungen des Strafrechts als auch die Umsetzung konkreter präventiver Maßnahmen zum Schutz der Mitarbeiter von Polizei, Justiz, Verwaltungen und Rettungsdiensten. Wir fordern Respekt gegenüber den Vertretern unseres Staates. Das fängt im Alltag an.

3. Besserer Schutz vor Einbrechern und organisierter Kriminalität

Seit einigen Jahren verzeichnen wir eine steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen nach vielen Jahren rückläufiger Zahlen. In einigen Ballungszentren und im grenznahen Bereich im Norden und Osten unseres Landes haben wir es mit einer besorgniserregenden Häufung an Autodiebstählen zu tun.

Auch ein Grund hierfür ist der Anstieg organisierter Kriminalität ausländischer Banden. Wir sagen dieser Entwicklung den Kampf an. Bei der grenzüberschreitenden Kriminalität wurden mit dem deutsch-polnischen Polizeiabkommen erste notwendige Schritte unternommen, das deutsch-tschechische ist auf gutem Weg. Auch in den anderen Grenzregionen Deutschlands machen sich kriminelle Banden die Existenz nationaler Grenzen und die damit einhergehenden Probleme in der schnellen und umfassenden Strafverfolgung zu Nutze. Durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden unserer Nachbarn beispielsweise in den Gemeinsamen Zentren für Polizei- und Zollzusammenarbeit in Kehl und Luxemburg konnten bereits Fortschritte erreicht werden. Wir setzen auf eine Vertiefung und Intensivierung dieser Zusammenarbeit durch den Abbau rechtlicher Hürden und die Stärkung gemeinsamer Einrichtungen und gemeinsamer Übungen über die nationalen Grenzen hinweg. Zur Bekämpfung international agierender Täter müssen auch die Polizeien international ausgerichtet sein. Wir treten für eine Stärkung der europäischen Polizeibehörde Europol bei den gerade laufenden Verhandlungen in Brüssel ein. Erforderlich sind zudem der vermehrte Einsatz von Videotechnik in besonders gefährdeten Bereichen wie etwa auf Bahnhöfen und im öffentlichen Personennahverkehr sowie die Befähigung der Polizeien von Bund und Ländern, erfolgreich und gemeinsam gegen kriminelle Banden und Einzeltäter vorgehen zu können. Dazu kann auch die Nutzung neuer Methoden, die Kriminalität durch die kluge Analyse bisheriger Tatmuster vorhersagen, gehören. Wir fordern mehr polizeiliche Streifenfahrten in besonders gefähr-

deten Wohngebieten. Die Beratungsdienste der Polizei müssen noch mehr über geeignete Sicherungstechnik informieren. Ausgaben für die Einbruchssicherung sollen steuerlich besser absetzbar werden, denn gerade gesicherte Fenster und Türen lassen Einbrecher von ihrer Tat absehen. Wir wollen ein eigenes KfW-Programm „Eigentumsschutz“. Im Hinblick auf Kfz-Diebstähle sind die Automobilhersteller gefordert, Neuwagen mit einem Diebstahlschutz auf neuestem Stand der Technik auszustatten.

Zudem handelt die organisierte Kriminalität weiterhin intensiv mit Drogen und vertreibt etwa gefährliche Rauschmittel wie Crystal. Auch Geldwäsche und Zwangsprostitution gehören zu den klassischen Aktionsfeldern organisierter Banden. Zudem bieten Rocker-Clubs einen Deckmantel für zahlreiche Formen der Schwermriminalität.

Die organisierte Kriminalität wollen wir systematisch und entschlossen bekämpfen. Sicherheits- und Justizbehörden müssen effektiv gegen die Täter vorgehen können und in die Lage versetzt werden, durch kriminelle Machenschaften erlangtes Geld besser einziehen und früh beschlagnahmen zu können. Gewinne aus Straftaten dürfen nicht mehr in legale Geschäftsfelder umgeleitet werden. Wir unterstützen daher die Initiativen zur Beschleunigung der Vermögensabschöpfung und die Erweiterung des Geldwäsche-Straftatbestandes.

Deutschland darf kriminellen Zuhältern und Bordellbetreibern keinen Schutz bieten. Deshalb werden wir zeitnah Maßnahmen zur besseren Kontrolle von Prostitutionsstätten beschließen und das Strafrecht so ändern, dass Menschenhändler bei ausreichender Beweislage auch ohne die Aussage ihrer häufig verängstigten Opfer verurteilt werden können. Die Heraufsetzung des Schutzalters auf 21 Jahre und die Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten einschließlich einer Meldepflicht für Prostituierte sind dabei wichtige Maßnahmen, um eine wirksame Rechtsgrundlage zur Eindämmung der Zwangsprostitution und des boomenden Sex-Tourismus nach Deutschland zu schaffen.

4. Kriminelle Karrieren Jugendlicher verhindern

Wir wollen Kinder und Jugendliche frühzeitig stabilisieren. In erster Linie sind die Eltern, aber auch die Kinder- und Jugendhilfe so wie die Schule gefordert in engem Kontakt und

Austausch – auch mit der Polizei – Gefährdungen zu erkennen und diesen zu begegnen. Wir wollen in dieser Legislaturperiode die Kinder- und Jugendhilfe hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen und stärker an den Ergebnissen messen.

Im Bereich der Jugendkriminalität müssen präventive und repressive Bekämpfungsansätze besser miteinander verbunden werden. Durch eine schnelle Reaktion von Polizei und Justiz müssen früh klare Grenzen aufgezeigt werden, um weitere potenzielle Opfer zu schützen. Dazu streben wir praktische und gesetzgeberische Verbesserungen an.

In vielen Ländern hat sich das „Haus des Jugendrechts“ bewährt, in dem Staatsanwaltschaft, Polizei, Jugendgerichtshilfe des Jugendamtes und teilweise auch Gerichte unter einem Dach arbeiten. Dadurch werden kurze Wege ermöglicht und der Staat kann zeitnah auf Straftaten Jugendlicher oder Heranwachsender reagieren. Solche und andere bewährte Praktiken will die CDU weiter etablieren.

Darüber hinaus wollen wir Jugendstrafverfahren weiter beschleunigen und vereinfachen. Straffällig gewordene Jugendliche müssen zudem noch stärker zur Wiedergutmachung unter Einbeziehung von Opfern und Hinterbliebenen verpflichtet werden, um mit den Folgen ihrer Taten konfrontiert zu werden. Für Täter zwischen 18 und 21 Jahre soll im Regelfall Erwachsenenstrafrecht gelten. Die Anwendung des Jugendstrafrechts muss in diesen Fällen eine Ausnahme bleiben. Wir setzen uns für die Einführung des Fahrverbots bzw. die Verhinderung des Erwerbs eines Führerscheins als eigenständige Sanktion für alle Straftaten und eine entsprechende Erweiterung der jugendgerichtlichen Sanktionsmöglichkeiten ein.

5. Sicherheit auch im Internet und im digitalen Zeitalter

Die digitale Revolution führt zu rasanten Änderungen unserer Welt. Sie bietet für Wirtschaft und Gesellschaft vor allem Chancen, aber auch Risiken. Die durch Cyberkriminelle verursachten Schäden treffen nicht nur den Einzelnen, sondern in erheblichem Umfang auch die Wirtschaft. Vertrauen ist eine Währung des Internets geworden. Wir wollen das Vertrauen in die Chancen der Digitalisierung stärken und so Wachstum ermöglichen und Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Damit das gelingt, muss die IT sicherer werden als

bisher. Wir brauchen deshalb Regelungen, welche die IT-Sicherheit bei Unternehmen insbesondere kritischer Infrastrukturen verbessern, und den Schutz der Menschen im Netz erhöhen. Das IT-Sicherheitsgesetz muss zügig beraten und verabschiedet werden. IT-Sicherheit „Made in Germany“ soll zu einem wirtschaftlichen Erfolgsfaktor werden.

Über die IT-Sicherheit hinaus gilt: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum! Um Kriminellen, welche die Anonymität des Internets für ihre Straftaten nutzen, das Handwerk zu legen, wollen wir einen ausgewogenen Rechtsrahmen schaffen. Dies gilt sowohl für Täter, die das Internet für den Missbrauch von Kindern und Heranwachsenden nutzen, als auch für solche, die kriminelle oder terroristische Vereinigungen bewerben oder andere schwere Straftaten begehen. Oft sind die bei der Internetnutzung ohnehin beim Provider anfallenden Verbindungsdaten die einzigen Spuren, mit denen die Täter überführt werden können. Diese Daten liefern sehr wertvolle, ja notwendige Erkenntnisse etwa bei der Bekämpfung der Kinderpornographie oder zur Verhinderung von terroristischen Anschlägen. Die Wiedereinführung von Speicherfristen für Verbindungsdaten und die effektive Möglichkeit der Überwachung auch verschlüsselter Kommunikation (Quellen-Telekommunikationsüberwachung) sind deshalb essentiell und auch nach den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts legitim und möglich. Wir werden uns mit Nachdruck für diese in der polizeilichen Ermittlungsarbeit unverzichtbaren Werkzeuge einsetzen, damit bei der Verfolgung von schweren Straftaten auf Anordnung eines Ermittlungsrichters oder zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit ein Datenzugriff erfolgen kann.

6. Extremisten entschieden entgegentreten

Rechts- und Linksextremismus dürfen in unserem Staat keinen Raum finden. Wir nehmen nicht hin, dass das grundgesetzlich geschützte Versammlungsrecht missbraucht wird für Straßenschlachten mit der Polizei, die Verletzung von Polizeibeamten und das Skandieren extremistischer Parolen. Der zunehmenden Zusammenarbeit zwischen gewaltbereiten Hooligans und rechtsradikalen Gruppierungen, die ihren vorläufigen Höhepunkt Ende Oktober in Köln bei der größten rechtsradikalen Gewaltdemonstration in Deutschland seit langer Zeit gefunden hat, dürfen wir nicht zulassen. Die Länder und der Bund müssen alle

Mittel des Rechtsstaats ausschöpfen, um dieser Gefahr für die öffentliche Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land entgegenzutreten.